

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends... Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1.40...

Der Proletarier

Kostenpreis: Arbeitsvermittlung- und Haftstellen-Anzeigen bis 50 Pfennig... Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.

Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von A. Grep... Druck von E. A. D. Weitzer & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover... Redaktionsschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition: Hannover, Nikolaisstraße 7, 2 St. - Fernsprech-Anschluss 3002.

Gewerkschaften und Partei.

Das Verhältnis der Gewerkschaften zur sozialdemokratischen Partei ist seit einiger Zeit wieder Gegenstand lebhafter Auseinandersetzungen. Im Vordergrund steht augenblicklich die Frage, ob die Gewerkschaften als solche auf die Haltung der Partei Einfluss haben dürfen.

Die scheinbar einfache Frage wird allerdings recht verwickelt, wenn man den tatsächlichen Untergrund betrachtet, auf dem sie erwachen ist. Das ist die sogenannte „Politik des 4. August“, richtiger: der Streit um diese Politik.

Gewinnt nun die jetzige Minderheit in der Fraktion noch ein Duzend Anhänger, so stehen diejenigen Gewerkschaftler, die Reichstagsabgeordnete und Anhänger der jetzigen Mehrheitspolitik sind, vor der nicht einfachen Entscheidung, ob sie ihrer Überzeugung und den Beschlüssen der Gewerkschaftsinstanzen folgend für die Kredite stimmen und damit die von den Gewerkschaften mit Recht immer hochgehaltene Disziplin verletzen.

Wir haben es bisher vermieden, im Verbandsorgan zu dem Parteistreit im Sinne der einen oder anderen Richtung Stellung zu nehmen. Zu bestimmten Einzelfragen haben wir unsere Meinung geäußert, konkrete Handlungen haben wir gebilligt oder beurteilt.

Diese Zurückhaltung im Urteil entspringt einmal der Erwägung, daß es ebensowenig Sache der Gewerkschaften ist, Parteistreitigkeiten auszutragen, wie es Sache der Partei wäre, gewerkschaftliche Streitfragen zu entscheiden.

nicht halb und nicht ganz, nicht kalt und nicht warm sind. Es ist ja so leicht, in Extremen zu denken, alles von einem Punkt aus zu betrachten und jeden Menschen einen haltlosen Trottel zu nennen, der sich bemüht, die Dinge von allen Seiten zu sehen.

Die Sache der heutigen Minderheit kann nie und nimmer die Sache der Gewerkschaften sein. Die Wortführer der Minderheit haben den Gewerkschaften immer mit ablehndem Mißtrauen gegenübergestanden.

Das ist kurz und bündig, klar und ohne Schwanken gesagt. Scheinbar auch unanfechtbar. Doch prüfen wir einmal kurz nach. Die Wortführer der Minderheit haben den Gewerkschaften immer mit ablehndem Mißtrauen gegenübergestanden.

Es ist gewiß verdienstlich und nützlich, einen Ariadnefaden zu suchen, an dem die Arbeiterbewegung aus dem Labyrinth der Meinungen herausgeführt werden kann, es ist aber nicht nur verdienstlich und nützlich, sondern notwendig, daß das mit Vorsicht und Bedacht geschieht.

Die „Wiener Arbeiterzeitung“, das Zentralorgan der Sozialdemokratie Österreichs, hat sich kürzlich in sehr bemerkenswerter Weise zu dem Streit in der deutschen Partei geäußert. Das Blatt billigt durchaus die Bewilligung der Kriegskredite durch die Fraktion und betont, daß diese Entscheidung „ebenso mit dem sozialdemokratischen Programm wie mit den im besitzenen Traditionen der Partei“ in Einklang stehe.

„Jenes Zentrum, das die gewissen Gedankenlosen manchmal den „Sumpf“ schelten möchten, das aber in Wahrheit die synthetische Kraft der Partei darstellt, ist und bleibt der Kern der Partei, der die Hitzigen von links und die Reichsinnigen von rechts unwiderstehlich einbezieht und zusammenführt.“

Dieses wohl abgewogene Urteil eines Blattes, um das kürzlich die „Chemnitzer Volkstimme“ die österreichische Sozialdemokratie ausdrücklich beneidete, scheint uns beachtenswert.

Die deutsche Sozialdemokratie befindet sich zweifellos in einem Zustande der Gärung, in einer Situation, die man sehr unergötzlich nennen darf. Aber sie steht nicht vor einem kurzen Entweder — Oder, sie hat nicht nur die Wahl, sich bei Koll oder bei Liebknecht zu sammeln.

Wichtiger aber ist heute noch, daß die Gewerkschaften nur bei dieser Haltung den Streit der Richtungen in der Partei von sich fernhalten oder ihn doch in Bahnen lenken können, in denen er ohne Schaden für die Bewegung ausgetragen werden kann.

Mehr Heimarbeiterschutz.

Am 11. Februar fand im Saal „Königsberg“ eine Besprechung über Maßnahmen zugunsten der Heimarbeit statt. Die Einladung ging von der Anstaltsstelle für Heimarbeitserziehung und vom Bureau für Sozialpolitik aus.

Sodann hielt Herr Mag. Rat Dr. Giller (Hannover a. M.) ein Referat über die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei öffentlichen Aufträgen. Inzwischen hat den Mitgliedern, die sich am Anfang des Krieges bei der Ausgabe von Heereslieferungen, besonders im Bekleidungs- und Schuhwesen, in dem paratourischen Geschehen sich zwischen Heimarbeit und Militärbeschaffung (Haben und die Löhne drücken, während der Heimarbeiter die Besprechungen der Heeresleitung, die Lohnfrage behandelnd teilzunehmen und den Unternehmern durch Vortrag auszuweisen die Lohnfrage wurden kurzfristig geregelt.

wendig sei die Einsetzung von Sachverständigen, die die Befugnis der Vorkaufsleistung erhalten müßten. Herr v. Berlepsch schloß sich dieser Forderung an, hielt aber dafür, die Erweiterung des Gesetzes vorzubereiten durch die Einsetzung von Sachverständigen mit lohnmäßigen Befugnissen im Geschäftsverhältnis durch militärisch-berufliche Erziehungswahl. Es gelle den Beweis zu führen, daß solche Einrichtungen möglich sind und sich bewähren. Was im Kriege keine Kraft bewährt habe, könne auch im Frieden leichter erhalten werden.

Als Ergebnis der Vorkaufsleistung wurde in Aussicht genommen, eine Eingabe an Reichstag und Bundesrat über die beschleunigte Durchführung des Heimarbeitgesetzes zu richten, an das Kriegsministerium das Ersuchen um Einsetzung von Sachverständigen zu richten und an die übrigen behördlichen Auftraggeber (Eisenbahn, Post, Gemeinden) das Verlangen zu stellen, eine gleiche Regelung der Lohnverhältnisse einzuführen, wie dies in Geschäftsverhältnissen geschehen sei. Eine Kommission von 5 Personen soll in Gemeinschaft mit dem Bureau für Sozialpolitik diese Eingaben besorgen.

Danach wurde die planmäßige Verteilung der Heimarbeit für die Heimarbeit erklärt und hierzu die Bildung eines Beirats von Sachverständigen beim Kriegsministerium vorgeschlagen, worüber bereits Verhandlungen mit letzterem eingeleitet sind. Auch diese Angelegenheit wird der erwähnten Kommission überwiesen. In letzter Stelle wurden Mitteilungen über die Beteiligung von Volkshilfsorganisationen an der Heimarbeiten von Heimarbeitern für Heimarbeit gemacht und auf energische Bekämpfung des Heimarbeitersindels sowie auf die Notwendigkeit der Förderung der arbeitsfähigen Krankenversicherung der Heimarbeiter hingewiesen.

### Eine Anregung aus dem Schützengraben

Unser „Liebesgaben“-Artikel in Nr. 3 des „Proletarier“ hat nicht nur viel Beachtung im Inland, sondern auch ein bemerkenswertes Echo im Schützengraben gefunden. Ein Kollege, der schon seit langem in den vordersten Gräben auf dem westlichen Kriegsschauplatz liegt, schreibt uns dazu:

„Mit großem Interesse habe ich den Artikel „Liebesgaben“ im „Proletarier“ verfolgt. Mit was für „Lektüre“ wir Feldgraben gefüttert werden, davon könnt Ihr Euch gar kein Bild machen. Zunächst die Schriften vom Kaiser-Wilhelm-Denkmal; dann die „Waffenzeitung“, das „Neue Kreuz“ und dann noch allerlei gemeinnützige, eigenmäßige und auch nichtsnützige Gesellschaften! Alles heißt uns an. Wir erhalten „Die Parole“ (Blatt des Deutschen Kriegsbundes), „Heimatblätter“, herausgegeben für die Kämpfer aus der Provinz Sachsen, „Der Champagne-Kamerad“ (Zeitschrift der 3. Armee). Außerdem gehen noch eine ganze Anzahl industrieller Unternehmungen für ihre Angehörigen und Arbeiter besondere „Kriegszeitungen“ heraus. Ferner erhalten wir neben Romanen und Novellen auch solche Bücher, wie das im „Proletarier“ besprochene des Prälaten Schütz als Liebesgaben von großen Industriellen. Dazu kommen dann noch die Schriften der vielen Religionsgesellschaften aller Art. Nur unsere Bewegung organisiert nichts zur Versorgung der Soldaten mit geistiger Kost. Wir haben den Krieg nicht gewollt und haben nun auch keine Organisation, um den Bedürfnissen des Krieges gerecht zu werden.“

„Unmittelbar Schaden wird nun allerdings mit der Schützengraben-Literatur nicht angerichtet. An denen, die sich schon früher an wenig oder an nichts kümmerten, ist nicht allzuviel zu verdienen, demjenigen aber, die ein gewisses Urteil hatten, bedauern sie's auch hier und schütteln ab, was ihnen nicht paßt. Trotzdem schmerzt es lebhaft, daß von unserer Seite so bitter wenig geschieht zur Versorgung der Feldgraben mit geistiger Kost. So mancher könnte hier durch gute Literatur über die Arbeiterbewegung für diese gewonnen werden. Die ihr angehörenden, aber noch fernstehend sind, könnten begeistert werden. Ich bin überzeugt, daß durch diesen Krieg mancher für unsere Bewegung gewonnen wird, aber ich wünsche auch, daß der Erkenntnis, daß es mancher Lösung bedürftig geht. Der Arbeiterbewegung fehlt die bei der langen Dauer des Krieges so nötige geistige Verbindung mit ihren Angehörigen hier drinnen.“

Die Gewerkschaften und die Parteien haben diese Verbindung nicht her. Ihr Inhalt interessiert uns gewiß sehr, aber es bringt nicht das, was wir in Frage haben. Die Parteien tun nur um Wiederherstellung der Verhältnisse, was ja sehr wohl in dem inneren Kampf und Streit. Und ohne Streit für den Schützengraben müßte jeder unbedingt fruchtlos sein. Wir brauchen ein Blatt, das uns praktisch, nützlich und gewinnbringend unterrichtet über die Vorgänge in der Arbeiterbewegung drinnen.“

In der Arbeiterbewegung, kollektiv: nicht in einem ihrer Zweige. Also über die Partei, die Gewerkschaften und die Gewerkschaften. Damit ist schon gesagt, daß auch alle diese Jünger bei der Schaffung und Verbreitung eines solchen Blattes nachhaken müssen. Es keine Möglichkeit einmal erwehnen und kommt nicht ohne Zusammenhang zu sein, so daß die Arbeiter nicht übermäßig sein können. Jeder Einzelne kann sich nicht vollständig nicht einsetzen, ich will ja nur eine Anregung geben. Daß die Erde mit geistigen Schatzungen reichlich ist, das ist eine Tatsache. Aber was andere Organisationen können, was unsere Bewegung doch nicht können. Schließlich müßte Ihr ja heute doch auch die Soldaten haben, um all den Kämpfern der Arbeiterbewegung, die sich drinnen bewegen, in Verbindung zu stehen und damit der Kampf unserer Bewegung zu nützen. Jedenfalls würde ich mich freuen, wenn meine Anregung einmal wirklich auf Ihre Durchsicht kommen würde. Ich kann sie nicht noch allen Soldaten im vorderen, derer fehlt mir hier im Schützengraben die Zeit und das Material. Aber ich habe mich doch für Euch bemüht. Gedenkt, die ich immer weiter habe, und die ich mit Euch bei der „Liebesgaben“-Arbeit mit Euch, Euch zu unterstützen. C. R.“

„Lernensgang des K. R.: Der K. R. hat in der Vergangenheit viel geleistet. Er hat die Arbeiterbewegung in Deutschland gefördert und die Arbeiterbewegung in Deutschland gefördert. Er hat die Arbeiterbewegung in Deutschland gefördert und die Arbeiterbewegung in Deutschland gefördert. Er hat die Arbeiterbewegung in Deutschland gefördert und die Arbeiterbewegung in Deutschland gefördert.“

## Aus der Industrie

### Der Papiermangel und seine Folgen.

Die Presse ist eine Großmacht unter den Großmächten geworden. In ihr kommen die Stimmungen der Völker zum Ausdruck, in ihr bringen die verschiedenen Gesellschaftsklassen eines Volkes sowie einzelne Personen ihre Wünsche, Ansichten und Forderungen zur Geltung. Die Presse sollte allerdings — so sagt man oft — nur der reinen Wahrheit dienen, Bildung und Wissen unter der Menschheit verbreiten, Kultur und Zivilisation fördern helfen. Daß die Presse tatsächlich sehr oft etwas viel anderes ist und tut, bedarf keines Beweises. Die Presse ist nicht nur in der Wahrheit, sondern auch in der Lüge eine Macht, sie dient nicht nur guten, sondern sehr oft auch schlechten Zwecken und Zielen. Immer aber ist sie eine Macht, die respektiert wird. Dieser Macht droht nun Gefahr. Nicht durch die Kriegszensur, der sie sich anzupassen weiß, sondern ein viel schlimmeres Übel: die Papierknappheit nagt an der Lebenswurzel der Presse.

Um dieses Übel zu bekämpfen, hatte der Verein deutscher Zeitungsverleger seine Mitglieder am 23. Januar zu einer Hauptversammlung nach Berlin einberufen. Dem Ruf waren über 300 Pressenmänner aus allen Ecken Deutschlands gefolgt, die zur Bänderung der Papierrolle für die Zeitungsdruckereien folgende Vorschläge machten:

1. Die Reichsregierung soll im Wege der Verordnung eine zweckentsprechende Einschränkung des Zeitungsdruckpapier-Verbrauchs nach den Vorschlägen der Verleger durchführen.
2. Der Reichskanzler soll mit den Zeitungsverlegern und Druckpapierfabrikanten in Verhandlung treten, um für die Zukunft Verkaufspreise für Zeitungsdruckpapier festzusetzen. Der Vereinsvorstand der Zeitungsverleger soll die Bestrebungen der Druckpapierfabrikanten zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe mit Nachdruck unterstützen.

Unser Aufgabe kann es nicht sein, die Verteidigung der Papierfabrikanten gegen die Vorschläge der Verleger zu übernehmen, nur soviel möchten wir dazu sagen, daß, wenn mit Hilfe der Regierung Verkaufspreise festgelegt werden sollten, Rücksicht auf die Arbeiterlöhne genommen werden muß. Auf keinen Fall dürfen wieder Verkaufspreise die Ursache zu Lohnreduzierungen abgeben. Vielmehr muß bei festgesetzten Verkaufspreisen ein angemessener, auskömmlicher Lohn für die Arbeiter garantiert werden. In diesen Fragen können dann aber auch die Gewerkschaften mit Recht verlangen, daß sie als Vertreter der Arbeiterschaft zu solchen Verhandlungen zugezogen werden.

Seit einiger Zeit hat die Reichsregierung schon den Einfuhrzoll auf Holzstoff usw. aufgehoben und die Lumpenausfuhr unterbunden, um der Papierindustrie die Rohstoffe zu sichern. Deutschland hat schon immer mehr Lumpen aus- als eingeführt. 1912 wurden 300 000 Doppelzentner und 1913 noch 210 000 Doppelzentner Lumpen mehr aus Deutschland aus- als nach Deutschland eingeführt. Im ersten Halbjahr 1914 betrug die Lumpenausfuhr Deutschlands 385 000 Doppelzentner, dagegen die Einfuhr nur 315 000 Doppelzentner. Es sind beachtenswerte Mengen, die Deutschland jährlich ausführt und die für die deutsche Papierindustrie sehr wertvoll sind. Weiter kommt hinzu, daß die Hauptlieferländer Rußland, Frankreich und Belgien als Lieferanten kaum noch in Frage kommen.

Der Holzstoffmangel macht sich natürlich nicht nur in Deutschland, sondern in allen Staaten Europas recht unheimlich bemerkbar. Selbst Rußland, der Hauptlieferant der europäischen Holz- und Zellstoffindustrie, leidet Mangel an Rohstoffen. Zwei seiner größten Holzstoffwerke, die Zellstofffabrik Bloclamat und Bernau, die jährlich 50 Prozent der russischen Zellstoffproduktion erzeugen, sind außer Betrieb gesetzt. Wladiwostok, das jährlich 2 Millionen Kubikfuß Zellstoff herstellt, ist von deutschen Truppen besetzt, und Perm, eine Tochter der Zellstofffabrik Waldhof-Ramstein, die zur Friedenszeit rund 4000 Arbeiter beschäftigte und jährlich 6 Millionen Kubikfuß Zellstoff erzeugte, ist von den russischen Truppen als deutsches Eigentum demontiert und teilweise niedergebrannt worden. Rußland hat sich deshalb schon gezwungen, den Zoll für die russischen russischen Holzstoff von 45 auf 22 1/2 Prozent für 1 Kubikfuß zu erniedern. Gleichzeitig wurde Finnland, ein Vorkampfbaukaiser, ein Ausfuhrverbot für Holzstoff und Holzschliff-Pappen erlassen, wodurch es mit seiner Ausfuhr vorwiegend auf Deutschland angewiesen ist. Dieser plötzliche Zug der russischen Regierung hat sich glänzend bewährt, in der Einfuhrstatistik Deutschlands kommt das zum Ausdruck. Während Rußland im ersten Halbjahr 1914 nur 723 000 Kubikfuß Papierstoff im Werte von 833 000 Kubik eingeführt, steigerte sich seine Einfuhr infolge der Zoll- und Einfuhrmaßnahmen in demselben Zeitraum 1915 auf 1 956 000 Kubik Papierstoff im Werte von 2 539 000 Kubik. In demselben Zeitraum ist auch die Papierneinfuhr von 2 895 000 Kubik im Werte von 9 656 000 Kubik auf 2 973 000 Kubik im Werte von 9 911 000 Kubik gestiegen. Wie ungeheuer die europäische Papierindustrie von Rußland abhängig ist, geht aus seiner Holz- und Zellstoffneinfuhr hervor. In den ersten 5 Monaten des Jahres 1914 führte Rußland 39 515 000 Kubik Holz im Werte von 21 182 000 Kubik ins Ausland, in den ersten 5 Monaten des Jahres 1915 dagegen nur noch 972 000 Kubik im Werte von 402 000 Kubik.

Auch das alte Lagerberg hat ein Ausfuhrverbot für Holz zur Vermeidung von Holz- und Zellstoffmangel erlassen. Aus Schweden dürfen nur Lumpen aus reiner Wolle ausgeführt werden. Der schweizerische Bundesrat hat ein Ausfuhrverbot für Papier und Papierstoff erlassen. Die Zellstoffneinfuhr ist infolge der Zollmaßnahmen fast überall in Europa gestiegen. In Rußland hat sich der Holzstoffmangel so sehr verschärft, daß die Verleger protestieren und mit der Regierung verhandeln. In Italien, Österreich-Ungarn hat sich der Holzstoffmangel so verschärft, daß die Verleger protestieren und mit der Regierung verhandeln. In Frankreich hat die Regierung ein Ausfuhrverbot für Holzstoff erlassen. Frankreich hat seinen Einfuhrzoll auf Holzstoff von 100 Kubik auf 50 Prozent herabgesetzt, und der Zoll für 100 Kubik beträgt nur noch 50 Cent. Trotzdem herrscht Papierknappheit. Besonders in dieser Papierrolle auf Arbeiterangelegenheiten. Zunächst muß in den Papierzentren Rußlands

ständig gelernte Papierarbeiter. England hat sein im Oktober 1914 erlassenes Einfuhrverbot von Papier, Holz- und Zellstoff aus den feindlichen Staaten nach einmütiger Dauer wieder aufgehoben. In Norwegen wird ein Ausfuhrzoll auf Erzeugnisse aus Holz, demnach auch auf Papier, Holz- und Zellstoff geplant. Es finden bereits Unterhandlungen zwischen der Regierung und den Fabrikanten der Holzverarbeitenden Industrien über diese Frage statt.

Durch die englische Blockade ist nicht nur Deutschland bedroht, sondern es sind auch die neutralen Staaten unliebsamen Schikanen durch England ausgesetzt. Schweden, das diese Schikanen mit dem Völkerrecht für unvereinbar hält, hat als Diktum dafür die Papier- und Papierstoff-Ausfuhr nach England gesperrt. Dadurch ist die englische Papierverarbeitungsindustrie, besonders die Druckindustrie, in arge Verlegenheit geraten.

Solange der Weltkrieg noch tobt, ist nicht daran zu denken, daß die europäische Papierknappheit behoben wird, vielmehr ist mit einer noch schärfer hervortretenden Papiernot zu rechnen. Die Folgen davon werden in einer größeren Arbeitslosigkeit in den papiererzeugenden und -verarbeitenden Industrien zum Ausdruck kommen, unter der in den kriegführenden Staaten besonders die Arbeiterinnen empfindlich zu leiden haben werden, weil hier die männlichen Arbeiter meist im Kriegsdienst stehen. Da es möglich sein wird, in anderen Industriezweigen neue Arbeitsgelegenheit zu schaffen, ist recht fraglich. Schon heute muß deshalb gefordert werden, daß diese Arbeiter nicht den Gewerkschaften allein überlassen, sondern durch staatliche Arbeitslosen-Unterstützungen entschädigt werden. St.

### Erneute Papier- und Pappen-Preiserhöhungen.

Die Lederpappenfabrikanten haben auf ihrer Tagung am 3. Februar in Berlin beschlossen, für Hand- und Maschinen-Lederpappen eine weitere Preiserhöhung von 3 Mk. für 100 Kilo mit sofortiger Wirksamkeit eintreten zu lassen.

Gleichzeitig kommt die Meldung, daß auch der Verband deutscher Druckpapierfabrikanten, dem rund 90 Prozent sämtlicher Druckpapierfabriken angehören, am 8. Februar beschlossen hat, den Preis für den Wagon von 10 000 Kilo Druckpapier um 800 Mk. zu erhöhen. Diese 40prozentige Preissteigerung begründet die Druckpapierfabrikanten mit der Preissteigerung für Holz- und Zellstoff sowie für die übrigen Rohmaterialien und mit der Erhöhung der Arbeitslöhne. Die Holzpreise für die Papierfabrikation haben im allgemeinen recht erhebliche Preissteigerungen erfahren, wie sich denn überhaupt in letzter Zeit ein Mangel an Rohstoffen recht unangenehm fühlbar macht. Die wirtschaftlichen Organisationen der Papier- und Pappenerzeuger haben deshalb auch schon Schritte beim Kriegsministerium, den Generalallgemeinmandat und bei verschiedenen anderen Instanzen unternommen, um eine Einkürzung der gewünschten Rohstoffarten und der sonstigen Papierstoffe in Höhe sowohl als auch in den Stücken zu erreichen. Die Druckpapierfabrikanten haben die Situation ausgenutzt und diesmal kräftig zugegriffen. Die Begründung der Preiserhöhung mit den gestiegenen Arbeitslöhnen ist allerdings recht fragwürdig. Nur minimalen Lohnsteigerungen, die einzelne Firmen gegeben haben, und vielleicht kleineren Zulagen an vereinzelte, auf wichtigen Posten stehende Arbeiter ist mit von Lohnsteigerungen in größerem Maßstabe keine Kenntnis geworden. Während die Papierarbeiter so solidarisches auftreten stehen, wie ihre Unternehmer aus der Druckpapierindustrie und bei ihren Lohnforderungen nur halb so viel Mut betunden, so würde es um ihre wirtschaftliche Lage besser stehen.

### Explosionsgefahr und Schadenersatzpflicht des Unternehmers.

Eine für Arbeiter in der deutschen Industrie wichtige Klage beschäftigt kürzlich die Gerichte. Im Auftrage einer Chemikalien-Großhandlung sollte ein Mechaniker Hölzer öffnen, die früher mit Schwefelsäure gefüllt gewesen waren. Als ihn das Öffnen bei einem Haß nicht gelangen wollte, sagte er den Lagerverwalter, es wäre eine Explosionsgefahr bestehe, wenn er das Haß erhöhe. Das wurde verneint. Als der Mechaniker den Spund heiß machte, um ihn öffnen zu können, erfolgte plötzlich eine Explosion, bei der er so schwer verletzt wurde, daß ihm keine Heilung abgesehen werden mußte. Er verlangte daraufhin von der Firma Schadenersatz mit der Beschränkung, in den höchsten möglichen Sprengstoff aufzubewahren und diese davon zurückgelassen sein. Die belangte Firma blieb dabei, daß die Hölzer früher lediglich mit Schwefelsäure gefüllt gewesen seien, und diese sei bekanntermaßen nicht explosionsgefährlich. Wie die Explosion zustande gekommen sei, wolle sich nicht feststellen; der Kläger hätte die Pflicht gehabt, sich zu erkundigen, wie er bei der Öffnung der durch die Schwefelsäure-Rückstände völlig geschwundenen Hölzer zu verfahren habe. Das Landgericht Berlin sprach sich mit dem Kammergericht ab und den Anspruch des Klägers dem Grunde nach für gerechtfertigt. Das Kammergericht führte u. a. aus: Die Sachverständigen stimmen alle darin überein, daß sich sehr wohl durch besondere chemische Prozesse bei Anwesenheit von Schwefelsäure explosive Sauerstoffentwickselungen bilden können. Das von einem Sachverständigen auf Grund der Erfahrungen der zuständigen chemischen Anstalten festgestellt gewonnene Ergebnis hält die Entwicklung von Sauerstoffentwickselungen als Explosionsursache für gewiß und erklärt die Belastung als schuldhaft. Die belangten Hölzer der Firma seien als Behälter eines großen Drogen- und Chemikaliengeschäftes, in welchem ebenfalls noch ein gewisses Laboratorium eingerichtet war, zumal sie durch vorgeschriebene Personen waren, verpackt gewesen, den Kläger auf die Gefahr einer Explosion von vornherein hingewiesen. Die Beschränkung, der Kläger habe sich über die nötigen Vorkehrungen zu befassen, ist von den Sachverständigen als unzutreffend bezeichnet worden. Der Kläger muß daher keinerlei Verschulden, vielmehr liegt dieses allein auf Seiten der Beklagten. Die von diesen gegen ihre Verantwortung eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht verworfen.

Streit wir übersehen können, handelt es sich in diesem Falle nicht um eine der Unfallversicherungspflicht unterliegende Beschäftigung des Mechanikers. Wahrscheinlich hatte der Mechaniker die Öffnung der Hölzer zu einem bestimmten Preise als selbständiger Unternehmer übernommen; es lag also kein Arbeits-, sondern ein Werkvertragsverhältnis vor. Somit wäre die Berufsgenossenschaft zur Zahlung einer Rente, aber nicht der Unternehmer zum Ersatz des Schadens verpflichtet gewesen.

### Riesengewinne für die Unternehmer — „schlechte Geschäfte“ für die Arbeiter.

Über den Geschäftsabgang der Mitteldeutschen Gummiwarenfabrik vom Herrn Peter, jetzt A.-G., haben wir schon kurz berichtet. Es lohnt sich jedoch, an Hand des jetzt vorliegenden Berichts noch einmal darauf zurückzukommen. Dieser Bericht zeigt doch geradezu ein Schulbeispiel für die Ausnutzung der „Kriegskonjunktur“. Die Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik war ein Schmezzergelind ihrer Mitläufer. In den ersten fünf Jahren nach der Umwandlung in eine Aktiengesellschaft (1905) wurden recht erhebbare Dividenden ausgeschüttet: im Jahre 1910 sogar 25 Prozent. Dem kam der Sturz. Es heißt sich heraus, daß die letzten Dividenden nicht aus Betriebsgewinnen, sondern aus Zuschüssen des Aufsichtsrats und Verwaltungsrats gezahlt waren. Das nächste Geschäftsjahr brachte lediglich 1 Million Mark, das folgende gar 3 Millionen Mark Verlust. Diese Verluste konnten aus den in den guten Jahren angekauften Wertpapieren gedeckt werden. Die Jahre 1913 und 1914 brachten keine Gewinne. Die in die Bilanzierungen und Aufstellungen verwendet wurden. Die Aktiendeckung betrug 4 Jahre ohne Dividende.

Dem kam der Krieg und mit ihm die glänzende Konjunktur für einige Industriezweige und Unternehmen. Es gab für die Mitteldeutsche Gummiwarenfabrik. Der Reingewinn stieg von 78 627 Mk. im

Jahre 1914 auf 483 019 Mt., die Dividende von 0 auf 40 000 Mt. = 8 Prozent. Es scheint überdies, daß der tatsächliche Gewinn des Unternehmens weit größer ist, als in diesen Zahlen zum Ausdruck kommt. Die Bilanz des Unternehmens ist nämlich so unübersichtlich aufgestellt, daß der Uebersichtlichkeit unmöglich Klarheit daraus gewinnen kann. Der Gewinnwert ist aber, daß das Unternehmen zu Ende September 1914 925 132 Mt. verwenden konnte gegen 558 231 Mt. im Vorjahre. Auf die Bilanz allein wurden 543 001 Mt. abgeschrieben, das sind 36 Prozent der Summe, mit der sie zu Buche stehen. Die Gesellschaft begründet diese enormen Abschreibungen mit der stärkeren Abnutzung infolge der Kriegszeit und damit, daß die früheren Abschreibungen zu gering gewesen seien. Man darf aber wohl folgern, daß die Gesellschaft auch deshalb 68 Prozent ihres Gewinnes zu Abschreibungen benutzte, um den Kriegsgewinn nicht allzu sehr ins Licht zu rufen. Die Abschreibungen sind ja nicht verloren; man kann in etwa kommenden Jahren recht gut indirekt, d. h. durch entsprechende Kürzung der Abschreibungen, darauf zurückgreifen. Die Aktionäre aber können sich nicht helfen — die 400 000 Mt. Kriegszinsen werden durchgehalten gar sehr. — Daß die Leitung des Unternehmens die Gewährung einer Teuerungszulage an die Arbeiter ablehnte mit der Begründung, der Geschäftsgang sei zu schlecht, haben wir schon mitgeteilt. Es kann aber nicht schaden, wenn wir das heute noch einmal feststellen.

### Genossenschaftsbewegung.

#### Fürsorge für die Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben.

Mit der Frage der Beschäftigung und Entlohnung der aus dem Felde zurückkehrenden Kriegsteilnehmer, soweit diese vor ihrer Einberufung in genossenschaftlichen Betrieben gearbeitet haben, beschäftigte sich eine Sitzung am 4. Februar in Hamburg, an der teilnahmen: die geschäftsführenden Vorstandsmitglieder des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, die genossenschaftlichen Mitglieder des Tarifamts und deren Stellvertreter, ein Mitglied der Generalkommission und Vertreter der Gewerkschaften der Bäcker, Fleischer, Handlungsgehilfen, Tabakarbeiter, Transportarbeiter und Fabrikarbeiter. Ein vorliegender Entwurf zur Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft wurde paragrafenweise durchberaten und der Fassung desselben mit einigen Änderungen zugestimmt. Eine endgültige Inkraftsetzung der Bestimmungen der Arbeitsgemeinschaft kann allerdings erst nach Einverständnis der Genossenschaftsinstanzen, Gesamtvorstand des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine, Aufsicht, Generalkat und Genossenschaftstag erfolgen.

In den Vereinbarungen wird der Gedanke zum Ausdruck gebracht, daß Kriegsteilnehmer, die als Arbeiter oder Angestellte vor Kriegsausbruch bzw. ihrer Einberufung zum Heeresdienst während der Kriegszeit nicht lediglich zur Aushilfe beschäftigt waren, nach ihrer Entlassung in ihre alten Arbeitsplätze wieder eingestellt werden sollen, soweit es die Betriebsverhältnisse irgend gestatten.

Kriegsbeschädigte sollen in erster Linie wieder eingestellt werden. Soweit die zurückkehrenden Kriegsbeschädigten die in Frage kommende Arbeit vollwertig leisten können, sollen sie den vollen Lohn erhalten. Eine Anrechnung der Kriegszinsen oder sonstiger Bezüge findet nicht statt. — Kriegsteilnehmer, die eine Beschädigung erlitten haben, durch die ihre Erwerbsfähigkeit wesentlich vermindert ist, sollen grundsätzlich nach ihrer Leistungsfähigkeit beschäftigt und entlohnt werden, bei weitestem Entgegenkommen der Verwaltungen. — Kriegsbeschädigte, für die auf Grund ihrer körperlichen Beschaffenheit keine Möglichkeit besteht, in Genossenschaftsbetrieben wieder eingestellt werden zu können, soll die Arbeitsgemeinschaft zur Erlangung einer entsprechenden Tätigkeit behilflich sein, wobei alle Gelegenheitsverjorgung zu vermeiden ist.

Für Streitigkeiten, die sich aus der Entlohnung wieder eingestellter Kriegsteilnehmer ergeben, ist das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zuständig.

Die Vereinbarung enthält außerdem noch Bestimmungen über die Anrechnung der früheren Beschäftigungsdauer sowie der militärischen Dienstzeit, die Gewährung von Ferien im Jahre des Wiedereintritts in die Beschäftigung usw.

Die vereinbarten Grundzüge sollen — mit Ausnahme der Paragraphen 4, 5 und 6 — für die Dauer des Krieges und zunächst noch weitere 12 Monate gelten.

Da die Vereinbarung für unsere in den Seifenfabriken, der Teigwarenfabrik und der Zündholzfabrik der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine bis vor Kriegsausbruch bzw. bis zur Einberufung beschäftigt gewesen Mitglieder, die zum Kriegsdienst eingezogen sind, ein Interesse hat, lassen wir dieselbe nachstehend im Wortlaut folgen:

Zwischen dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine einerseits und der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als Vertreterin der Verbände der Fabrikarbeiter, Fleischer, Handlungsgehilfen, Tabakarbeiter, Transportarbeiter und Bäcker andererseits werden Zweck Schaffung einer Arbeitsgemeinschaft zur Fürsorge für Kriegsteilnehmer aus den genossenschaftlichen Betrieben folgende Grundzüge vereinbart:

§ 1. Diejenigen Kriegsteilnehmer, die vor Ausbruch des Krieges in einem dem Zentralverbande deutscher Konsumvereine angehörenden Genossenschaft als feste Arbeiter und Angestellte beschäftigt waren und die sich nach Beendigung des Krieges beziehungsweise nach Entlassung aus dem Heeresdienst in den betreffenden Betrieben zur Arbeitsaufnahme melden, sollen, sofern die Betriebsverhältnisse es gestatten, wieder eingestellt werden.

Die Meldung zum Diensttritt hat innerhalb zwei Wochen nach der Entlassung aus dem Heeresdienst zu erfolgen. Ueber den Zeitpunkt des Diensttritts sowie über die eventuelle Kündigung beschäftigter Kriegsteilnehmer und Angestellter ist eine Verständigung mit der zuständigen Gewerkschaft herbeizuführen.

Personen, die bereits vor dem Kriege in den genossenschaftlichen Betrieben beschäftigt waren, dürfen nicht lediglich aus dem Grunde gekündigt werden, um freie Arbeitsplätze für Kriegsteilnehmer zu schaffen. Bei Kriegsausbruch beschäftigte, nicht feste und während des Krieges eingestellte Arbeiter und Angestellte, die zum Kriegsdienst eingezogen wurden, können ebenfalls wieder eingestellt werden, sobald ohne besondere Kündigung beschäftigter Personen freie Arbeitsplätze der betreffenden Betriebe vorhanden sind.

§ 2. Die Wiedereingestellten werden möglichst an ihren bisherigen Arbeitsplätzen zu den korrekten Lohn- und Arbeitsbedingungen, unter Anrechnung der früheren Beschäftigungsdauer sowie ihrer militärischen Dienstzeit, beschäftigt.

Eine Teuerungszulage der Ferien findet nicht statt. Für das laufende Jahr haben nur diejenigen Kriegsteilnehmer Anspruch auf Ferien, deren Wiedereintritt bis zum 1. April erfolgt ist.

§ 3. Ist eine Genossenschaft nicht in der Lage, die Wiedereinstellung sämtlicher im § 1 Abs. 1 genannten Kriegsteilnehmer vorzunehmen, so soll versucht werden, durch Verständigung innerhalb der Genossenschaft der Einlassungsverordnung oder des Konsumverbandes, die nicht eingestellten Kriegsteilnehmer gleichartige genossenschaftliche Arbeitsplätze zu gewinnen. Hierbei ist entsprechend den Bestimmungen des § 2 die Dienstzeit anzurechnen.

§ 4. Kriegsteilnehmer, die eine Beschädigung erlitten haben, werden von den Genossenschaften, bei denen sie vor ihrer Einberufung tätig gewesen sind, vorzugsweise der Bestimmung des § 6 —, in erster Linie wieder eingestellt.

Sollten sie die für ihre Person in Frage kommende Tätigkeit vollwertig leisten können, erhalten sie den für ihre Leistungen vorzusehenden vollen Lohn, entsprechend der Bestimmung im § 2. Eine Anrechnung der Kriegszinsen oder sonstiger Bezüge findet in solchen Fällen nicht statt.

Wesentlich Kriegsbeschädigte, deren Erwerbsfähigkeit wesentlich vermindert ist, sollen grundsätzlich ihrer Leistungsfähigkeit entsprechend bei weitestem Entgegenkommen der Verwaltung beschäftigt und entlohnt werden.

§ 5. Ergeben sich wegen der Entlohnung der wieder eingestellten Kriegsteilnehmer Differenzen, so ist deren Beilegung zunächst durch direkte mündliche Verhandlungen zwischen den Tarifkonfliktschlichtern zu versuchen. Falls diese Verhandlungen zu keinem Resultat führen, ist das Tarifamt des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine zur endgültigen Entscheidung zuständig.

§ 6. Den Kriegsbeschädigten, deren körperliche Beschaffenheit eine Weiterbeschäftigung in den genossenschaftlichen Betrieben nicht zuläßt, soll die „Arbeitsgemeinschaft“ zur Erlangung einer ihren körperlichen Kräften und sonstigen Fähigkeiten entsprechenden Tätigkeit behilflich sein. Dabei ist zu beachten, daß jede Gelegenheitsverjorgung zu vermeiden werden muß.

Die „Arbeitsgemeinschaft“ soll auch behilflich sein, den Kriegsbeschädigten Gelegenheit zu geben, in den vorhandenen Ausbildungsinstituten sich für andere Berufe vorzubereiten. Eventuell sind in solchen Fällen, wo der Uebergang an einem neuen Beruf notwendig erscheint, die Organe der Staatlichen, Provinzialen und kommunalen Berufsberatungen in Anspruch zu nehmen.

§ 7. Mit Ausnahme der §§ 4, 5 und 6 gelten die vorstehend vereinbarten Grundzüge für die Dauer des Krieges und zunächst für noch weitere zwölf Monate.

### Unser Verband in der so. Kriegswoche.

Für die 80. Kriegswoche, die den Zeitraum vom 7. bis 13. Februar umfaßt, haben 299 Zahlstellen berichtet: das ist genau dieselbe Zahl wie in der Vorwoche. Es sind jedoch nicht dieselben Zahlstellen; vielmehr haben einige kleinere neu berichtet; dafür sind jedoch leider einige größere ausgefallen. Infolgedessen ist die Zahl der Mitglieder, über die in der 80. Woche berichtet wurde, um etwa 10 000 geringer als in der 79. Woche. Das Maßere über die Gestaltung der Mitgliedszahlen in den berichtenden Zahlstellen seit Kriegsausbruch ergibt folgende Zusammenstellung:

	männliche	weibliche	zusammen
Mitglieder am 1. August 1914	151 037	21 716	172 753
12. Februar 1916	56 529	16 505	73 103
Mitglieder am 12. Februar 1916 weniger	94 439	5 211	99 650
Rum Kriegsdienst eingezogen	77 226	—	77 226
Mitglieder Verlust seit Kriegsausbruch	17 213	5 211	22 424

Der Gesamtverlust beträgt nach Abzug der zum Kriegsdienst eingezogenen Mitglieder 22 424, gleich rund 13 vom Hundert, also genau derselbe Prozentsatz, wie er für die 78. Woche festgestellt wurde. Bei den männlichen Mitgliedern beträgt der Verlust seit Kriegsausbruch nur 11,4, bei den weiblichen dagegen 24,5 vom Hundert. Auf diese Unterschiede sowie auf ihre vermeintlichen Ursachen sind wir ja oft genug eingegangen, so daß wir es heute bei der einfachen Feststellung bewenden lassen können.

Die Arbeitslosigkeit hat sich gegen die Vorwoche verhältnismäßig gar nicht geändert. In den berichtenden Zahlstellen waren 247 männliche und 575 weibliche, zusammen 822 Mitglieder arbeitslos. Vom Hundert sind das 1,1 wie in der Vorwoche. Werden die ermittelten Zahlen auf den ganzen Verband umgerechnet, so ergibt das 986 Arbeitslose gegen 987 in der Vorwoche. Von je 100 männlichen Mitgliedern waren 0,4, von je 100 weiblichen 3,5 arbeitslos. Der Arbeitsmarkt ist also, was ja bekannt und erklärlich ist, für weibliche Arbeitskräfte bedeutend ungünstiger als für männliche. Als Unterstützung an arbeitslose Mitglieder wurden in den berichtenden Zahlstellen 2823 Mt. ausgegeben.

Erwerbsunfähig krank waren in der Berichtswache 1253 männliche und 337 weibliche, zusammen 1590 Mitglieder. Vom Hundert sind das 2,2 bei den männlichen und 2,1 bei den weiblichen Mitgliedern. Diese Zahlen sind nicht unwesentlich höher als die im Sommer und Herbst ermittelten. Demnach schwanken die Prozentzahlen zwischen 1,4 und 1,8. In den letzten Wochen steigt jedoch die Krankenziffer dauernd. Vielleicht ist daran das ungesunde und wechselnde Wetter der letzten Wochen schuld, vielleicht spricht aber auch die Tatsache mit, daß die im Herbst 1914 ausgefertigten Mitglieder jetzt wieder bezugsberechtigt sind. Als Krankenunterstützung wurden in der Berichtswache 11 231 Mt. ausbezahlt.

In der folgenden Tabelle sind nicht die Ergebnisse der Erhebung aus den berichtenden Zahlstellen, sondern diejenigen, die wir voranschließlich erhalten würden, wenn alle Zahlstellen Bericht erstattet hätten, zusammengefaßt. Es sind also nicht ermittelte, sondern errechnete Ergebnisse, die jedoch der Wirklichkeit ziemlich genau entsprechen dürften, weil der Bruchteil der Mitglieder, für die Berichte nicht eingekandt werden, sehr viel kleiner ist als der, für den berichtet wird.

Berichtstag	Arbeitslos		Zum Kriegsdienst eingezogen	
	insgesamt	von je 100 Mitgliedern	insgesamt	von je 100 Mitgliedern
8. August	17 663	8,5	34 368	19,2
5. September	23 728	11,5	44 429	24,6
3. Oktober	17 329	8,3	48 875	26,4
7. November	9 233	6,3	51 561	28,4
5. Dezember	6 566	5,0	54 428	30,0
2. Januar	6 550	4,8	57 170	31,4
6. Februar	5 340	4,1	60 089	33,2
6. März	3 450	2,7	65 045	35,7
3. April	2 310	2,0	68 453	37,7
1. Mai	1 321	1,2	71 833	39,4
5. Juni	920	0,9	75 692	41,9
3. Juli	919	0,9	78 584	43,5
7. August	802	0,8	81 257	45,0
4. September	823	0,8	83 412	45,8
2. Oktober	692	0,7	85 878	47,6
6. November	632	0,7	88 579	48,9
4. Dezember	323	0,6	90 597	49,9
1. Jan. 1916	1 083	1,2	92 197	50,7
8. Jan. 1916	1 156	1,3	92 658	50,9
15. Jan. 1916	1 070	1,2	93 687	50,9
22. Jan. 1916	1 028	1,2	93 672	50,9
29. Jan. 1916	1 039	1,2	92 735	50,9
5. Febr. 1916	987	1,1	92 619	50,9
12. Febr. 1916	986	1,1	92 671	50,9

### Berichte aus den Zahlstellen.

Darmstadt. Leider hat auch uns in Darmstadt das zweite Kriegsjahr nicht erspart geblieben. Mit einer Mitgliederzahl von 546, davon 116 Weiblichen, haben wir das Jahr begonnen und mit 344, davon 100 Weiblichen, beendet. Das bedeutet also einen Verlust von 202 Mitgliedern. Diesen wir die 178 im Laufe des Jahres zum Heeresdienst eingezogenen Kollegen und die 19 abgereiften von dieser Zahl ab, so verbleibt noch ein Verlust von fünf Mitgliedern gegenüber dem Vorjahr. Da wir aber im Laufe des Jahres 91 Neuaufnahmen zu verzeichnen haben; aber zugereist und 16 vom Heeresdienst zurückgekehrt sind, so erhöht sich dieser Verlust einschließlich der acht im Laufe des Jahres verstorbenen auf 114 Mitglieder. 420 Kollegen von unserer Zahlstelle haben seit Kriegsausbruch im Felde. Der größte Teil der fahnenflüchtigen Mitglieder ist auf das Konto der Neugewonnenen und der Kolleginnen zu buchen.

Die Arbeitslosigkeit innerhalb unserer Zahlstelle ist ersprechlicherweise sehr zurückgegangen. Unterstützung an Arbeitslose haben wir 752,60 Mt. verausgabt. Krankenunterstützung verausgabt wir 1976,75 Mt., für Rechtschutz und Kostagenerstützung je 80 Mt., Sterbegeld an drei Mitglieder und in acht Fällen an Angehörige von Mitgliedern verausgabt wir 645 Mt. und an reisende Kollegen 13,90 Mt. Die Weihnachtsgabe an die Kriegerveitwinnen erreichte die Höhe von 1920 Mark. Die Auszahlung dieser Unterstützung hat in zehn hierfür anberaumten Frauenversammlungen stattgefunden, in welchen wir die Frauen unserer Kollegen über die Verhältnisse des Verbandes den eingezogenen Mitgliedern gegenüber und über die Rechte derselben, wenn sie die Kriegsarbeit nach Kriegsschluß wieder aufnehmen, unterrichten. Die Weihnachtsgabe fand allseitig Anerkennung.

Die mit den drei hiesigen Sortieranstalten Wolf-Strauß, Dipp, May und J. Schönberg im Jahre 1912 abgeschlossenen Tarifverträge waren im Mai 1915 abgelaufen. Im Einverständnis mit den Kolleginnen und Kollegen wie auch den französischen Firmen wurden die Tarife um ein weiteres Jahr verlängert. Bezüglich Teuerungszulage können wir berichten, daß bei einem Teil der Arbeitgeber das notwendige Verständnis für unsere Forderungen auf Grund der Teuerungszulagen vorhanden war. Leider kann dieses aber nicht von allen berichtet werden. Die drei Sortieranstalten gehören ihren Arbeitern eine wöchentliche Zulage von 1,90 Mt. bis 5 Mt. und den Arbeiterinnen eine solche von 1 Mt. bis 1,50 Mt. pro Woche. Die bei diesen Firmen in Frage kommenden Kriegerveitwinnen gehen dagegen leer aus. Wenig zuvorkommend hat sich die Firma Seifenfabrik Jacobi in Darmstadt gezeigt. Nach einer Verteilung von Bescheinigungseinkaufungen an die Arbeiter erhielten die Beschäftigten 1 Pf. pro Stunde mehr. Den beiden Kriegerveitwinnen wurde ihre monatliche Unterstützung von 10 Mt. entzogen. Als eine besonders patriotische Tat des Herrn Kommerzienrats Jacobi kann die Entziehung allerdings nicht bezeichnet werden. Noch weniger zuvorkommend zeigte sich die Firma Heil, Papierfabrik in Oberstadt. Die Arbeiter glaubten, mit ihrem Ersuchen von 33 Pf. mehr als jede andere Kategorie von Arbeitern berechtigt zu sein, eine Zulage zu fordern; die Firmenleitung war anderer Meinung. Wie sich diese Firma den Burgfrieden bewahrt, das geht aus nachstehendem Schreiben an die Verbandsleitung hervor:

Oberstadt, den 28. Oktober 1915.  
Zit.  
Deutscher Fabrikarbeiter-Verband, Darmstadt.  
Wir empfangen Ihren werthen Brief vom 26. Oktober laufendes Jahres und bitten Sie, ein für allemal, Ihren Besuch in unserer Fabrik zu unterlassen.  
Hochachtungsvoll  
H. Heil, C."

Den Arbeitern ließ die Firma durch ihre Bureauangestellten sagen, daß keine Zulage nicht gewährt. Daß diese Firma an die Unterstützung ihrer Kriegerveitwinnen nicht denkt, ist fast selbstverständlich. — Die Zündholzunternehmen in Pfungstadt, die gegenwärtig von besten Seiten ergriffen werden, finden es ebenfalls für besser, die finanziellen Erfolge nur auf ihren eigenen Geldbeutel wirken zu lassen. Zwar haben einzelne Firmen, der Art gesprochen, nicht den eigenen „Arbeits“, den Stundenlohn der Männer um 1 bis 3 Pf. erhöht, die Lohnverhältnisse ihrer Arbeiterinnen aber, die ja in großer Anzahl gegenwärtig als allseitige Ernährerinnen ihrer Angehörigen in Frage kommen, gänzlich unberücksichtigt gelassen. Einzelne dieser Firmen gewähren den Kriegerveitwinnen eine Unterstützung von 2,50 Mt. pro Woche.

Was Besseres können wir in dieser Beziehung von der Papperfabrik Appel u. Pech in Pfungstadt berichten. Tragen diese Firma nicht minder unter der derzeitigen schlechten Konjunktur dieses Berufsgebietes zu leiden hat als die Firma Heil in Oberstadt, hat sie es doch dem menschlichen Standpunkt aus für recht und billig erachtet, ihren Arbeitern einen Mindestlohn von 1 Mt. bis 1,50 Mt. pro Woche autonom zu lassen. Auch die Kriegerveitwinnen werden mit 2,30 Mt. pro Woche herbeigeholt. — Die Firma Wacker u. Dörr, Harz- und Zinnfabrik in Nieder-Straßfurt, hat dem Vertreter der Organisation gegenüber erklärt, daß sie nicht in der Lage sei, ihrer Arbeiterin eine Teuerungszulage in Betracht zu kommen zu lassen, trotzdem sie die Kostage ihrer Arbeiter anerkennt und auch mit Kriegsverletzungen voll beschäftigt sei. Um sich ihren Verpflichtungen nicht ganz zu entziehen, hat die Firma am Abend des Berichtstages durch Anschlag bekanntgegeben, daß sie demnach auch eine Teuerungszulage in Form von Naturalien verabreichen werde. Dem entsprechend erhalten ledige Arbeiter bis zu 17 Jahren für 50 Pf., von 17 Jahren anfangs für 75 Pf. und weiter für 1 Mt. Naturalien pro Woche. Anerkannt soll werden, daß auch die Kriegerveitwinnen eine monatliche Unterstützung von 10 Mt. erhalten.

War also auch nach dieser Richtung hin unser Erfolg nicht so, wie wir es im Interesse der Mitglieder gewünscht hätten, so liegt es in der Hauptsache an dem wenig patriotischen Verhalten der Unternehmer. Aber auch die Arbeiter und vor allem die Arbeiterinnen sind nicht ganz schuldlos an ihrem derzeitigen Schicksal; denn die Geschäftsgänge, die sie mitunter der Organisation gegenüber zeigen, trägt nicht minder zu diesem Mißerfolg bei. Mögen die Juristengelehrten in Anbetracht der jüngeren und durchaus unangenehm Zeit auch im kommenden Geschäftsjahre frei zu ihrer Organisation halten und in der Weisheit nicht erstarren, denn was uns die Zeiten nach dem Kriege bringen werden, weiß jetzt noch niemand, wohl aber wissen wir, daß die Organisation der Zusammenkunft aller mitgeschätzten Mitglieder, nachdem noch unendlich viel notwendiger sein wird als jetzt.

Magdeburg. In meinem Jahresbericht für 1914 hatten wir den Wunsch geäußert, daß uns das Jahr 1915 den ersehnten Frieden bringen möge. Leider ist dieser Wunsch nicht in Erfüllung gegangen. Wir haben auch heute noch im Zeichen des Krieges und ein Ende desselben ist nicht abzusehen. Unter diesen Umständen konnte auch das gewerkschaftliche Leben nicht so fortgeschritten, wie es hätte fortgeschritten müssen.

In Sozialbewegungen im eigentlichen Sinne konnte auch innerhalb unserer Verbandsstelle nicht gedacht werden. So sind denn auch die Tarifverträge, welche im Jahre 1915 abgeschlossen sind, auf ein Jahr verlängert worden. Es sind aber im wesentlichen die nämlichen Teuerungszulagen bewilligt worden, welche bei wöchentlichem Gehalt 1 bis 3 Mt., und in einigen Betrieben monatlich bis 15 Mt. betragen. Die Teuerungszulagen sind in den meisten Betrieben ohne große Schwierigkeiten bewilligt worden. Nur in Oberstadt, einem kleinen Ort unfer Verbandsstelle, wollten einige der Herren Geschäftsführer die geforderte Teuerungszulage von wesentlich 3 Mt. nicht bewilligen. Es haben denn die dort beschäftigten Arbeiter die Arbeit entzogen. Diese Arbeitsentziehung war aber nur von kurzer Dauer; denn die Herren erklärten sich nun bereit, ihren Arbeitern eine Teuerungszulage zu gewähren. Somit bekommen nun alle ledigen Arbeiter in Oberstadt eine Lohnzulage von wesentlich 2,50 bis 3 Mt. Diese Teuerungszulagen reichen aber nicht hin, um die Kosten zu decken, welche durch die erhöhten Lebensmittelpreise entstanden sind, auszugehen. Und so müssen wir bezagen, daß wir im neuen Jahre für unsere Mitglieder auf diesen Gebiete etwas mehr erreichen.

Auch in der Agitation konnte das nicht geschehen, was notwendig war, und deshalb ist auch die Initiative der Mitglieder als nur gering zu bezeichnen. Am 1. Januar 1915 hatten wir 2771, am 31. Dezember 2042 Mitglieder. Eingetretten sind im Laufe des Jahres 169 Mitglieder; zugewandert sind 52 und von Militär zurückgemeldet 27 Mitglieder. Der Zugang beträgt also zusammen 248 Mitglieder. Abgewandert sind im Laufe des Jahres 82, ausgeschieden und gehören 278 und zum Militär abgemeldet 667, ausgeschieden insgesamt also 977 Mitglieder.

